

Anlässlich des SPÖ-Parteitag diskutieren die Nationalratsabgeordnete Christine Lapp und der SPÖ-Revoluzzer

„Der Josef Cap geht nicht

Von Wolfgang Zaunbauer

■ Sozialdemokratie zwischen Ergebnis- und Werteorientiertheit.

Wien. Diesen Samstag begreift die SPÖ in St. Pölten ihren 42. ordentlichen Parteitag. Die „Wiener Zeitung“ lud Nationalratsabgeordnete Christine Lapp und Parteipräsident Nikolaus Kowall zum Gespräch über den Zustand der Sozialdemokratie in Österreich.

★★★★

„Wiener Zeitung“: Im Zusammenhang mit der SPÖ ist oft von Krise die Rede. In was für einer Situation steckt die Partei wirklich?

Christine Lapp: Ich spreche nicht gerne von Krisen, ich fühle mich immer so ohnmächtig. Es gibt Herausforderungen. Die SPÖ muss sich immer wieder neu positionieren – aber gerade das ist der Vorteil einer Partei, die die Gesellschaft verändern will.

Nikolaus Kowall: Wir haben permanent Neupositionierungen, die aus rein taktischen Gründen passieren. Wir sind auf einmal für die Vermögenssteuer – das war vor drei Jahren noch völlig unmöglich. Wir sind plötzlich für die Erbschaftsteuer – da hat sich der jetzige Kanzler vor vier, fünf Jahren für die Abschaffung eingesetzt. Wir haben in der Vergangenheit unsere Position über den Haufen geworfen.

Lapp: Entschuldigung, aber Vermögenssteuer ist keine taktische Überlegung, sondern etwas, das uns seit Beginn der Sozialdemokratie beschäftigt, weil es um Umverteilung geht.

Kowall: Da habe ich ein längeres Gedächtnis: Ich habe immer für die Vermögenssteuer gekämpft, aber bis vor drei Jahren auf Granit geblieben.

Lapp: Freust Du Dich nicht, wenn es da Veränderungen gibt?

Kowall: Ich freue mich, dass sich was bewegt, aber die Motive sind durchsichtig.

Lapp: Aber für mich ist das Ergebnis wichtig. Vor fünf Jahren hätte man auch die Finanztransaktionssteuer noch nicht für möglich gehalten – aber das ist doch gerade die Aufgabe der Sozialdemokratie: an Themen dranbleiben und auch Positionen zu verändern.

Kowall: Aber wenn man die Positionen mit dem Wind verän-

dert, spüren das die Leute. Ich finde die Parteispitze richtet ihre Themen zu sehr an der Tagespolitik aus. Das beste Beispiel ist die Wehrpflicht. Ich glaube, ich werde für die Abschaffung stimmen, weil es das bessere Modell ist. Aber die Art und Weise, wie das zustande gekommen ist, ist bezeichnend: Vor der Wien-Wahl im Oktober 2010 haben wir für eine einzige Titelseite der „Kronenzeitung“ eine jahrzehntelange Position über Nacht aufgegeben. Da wurde nicht diskutiert. Das war eine mediale Finte.

Lapp: Das war keine mediale Finte, sondern ein Interview mit dem Bürgermeister mit 17 anderen Themen – und das wurde dann halt zur Headline. Natürlich ist das ad hoc gekommen, aber wir hatten jetzt zwei Jahre Zeit, uns mit dem Thema in der Partei auseinanderzusetzen. Man kann ja nicht nur der SPÖ einen Positionswechsel vorwerfen. Das haben sämtliche Parteien gemacht.

Kowall: Klar, die Schwarzen stehen noch blöder da: Wir sind auf ihre Linie umgeschwenkt, und sie haben aus ausschließlich taktischen Gründen ihre Position über den Haufen geworfen. Aber überlegen wir mal, was das allein-

„Du kannst nicht nein sagen, wenn Bürgermeister und Kanzler etwas vorgeben.“

Nikolaus Kowall

ne für Norbert Darabos und seine Glaubwürdigkeit bedeutet hat. Er bekommt über die „Krone“ die neue Linie der Partei ausgerichtet, kommt wie die Jungfrau zum Kinde und muss innerhalb weniger Wochen seine Position ändern. Die Glaubwürdigkeit von Darabos ist unterminiert.

Lapp: In der Politik gibt es viele Situationen, wo man ad hoc entscheiden muss. Darabos hätte auch nein sagen können.

Kowall: Wir wissen doch, wie die Machtverhältnisse in der Partei sind. Du kannst doch nicht nein sagen, wenn Bürgermeister und Kanzler etwas vorgeben.

Lapp: Wenn er seine Haltung



Christine Lapp und Nikolaus Kowall, zwei Kinder der Wiener SPÖ. Fotos: Newald

ändert, dann muss man ihn unterstützen.

Aber hätte es bei einem so wichtigen Thema nicht eine groß angelegte Diskussion bedurft?

Lapp: Diskussionen gab es in den vergangenen zwei Jahren und wird es bis zur Volksbefragung noch geben.

Sehen Sie aber zumindest einen kommunikativen Fehler seitens der Parteispitze?

Kowall: Das ist kein kommunikativer Fehler, sondern ein innerparteiliches Demokratiefestsetzer.

Lapp: Nein, ich finde, das beginnt mit dem Koalitionspartner, mit dem man sich nicht einigen konnte.

Kowall: Aber die ÖVP ist nicht verantwortlich für unsere Positionen. Du suggerierst, wir hätten einen zweijährigen Diskussionsprozess gehabt, in dem wir uns darauf einstellen konnten. Faktum ist: Die Linie wurde von Anfang an vorgegeben und wir hatten zwei Jahre Zeit, uns damit abzufinden. Wir haben in der SPÖ keine Kultur, einen Diskussionsprozess in Gang zu bringen – außer alle zwei Jahre einen Parteitag.

Lapp: Ich begreife die Partei so, dass man in den Gremien, in denen man sitzt, überall auch seine Meinung vorbringen und die Vertreter bitten kann, das auf die nächste Ebene zu bringen. Intern gibt es einen Diskussionsprozess.

Kowall: Wurde es in Simmering diskutiert?

Lapp: Es wurde diskutiert, als dieser Schwenk im Jahr 2010 vollzogen wurde, und jetzt wieder.

Kowall: Und hatten diese Diskussionen einen Einfluss auf die Partei? Nein.

Lapp: Ich sehe mich als Vertreterin, und mir ist dieser innerparteiliche Diskussionsprozess wichtig.

„Das ist kein Klubzwang, sondern eine demokratische Entscheidungsfindung.“

Christine Lapp

Aber wenn in Simmering der Wehrpflichtschwenk einhellig abgelehnt worden wäre, hätte das dann eine Auswirkung auf die Parteilinie gehabt?

Lapp: Das hätte auf meine Linie eine Auswirkung gehabt.

Sich der Basis verpflichtet fühlen und keinem Klubzwang unterliegen zu wollen – funktioniert das?

Lapp: Das ist mir sehr wichtig. Im Endeffekt bleibt es meine Entscheidung, wie ich zu den jeweiligen Themen stimme. Wenn der Klub eine andere Linie vorgibt, kann man sich bei uns laut Statut aus Gewissensgründen anders entscheiden.

Die Einzige, die das wirklich durchzieht und auch gegen die eigenen Klub stimmt, ist Sonja Ablinger.

Lapp: Der Klub ist ein demokratisches Gremium – und wenn die Mehrheit der Meinung ist, wir gehen in diese Richtung, dann muss man das zur Kenntnis nehmen. Eine Bewegung kann man nur sein, wenn man nicht lauter Einzelinteressen vertritt.

Kowall: Ich bin auch für den Klubzwang, aber ...

Lapp: Das ist kein Klubzwang, sondern eine demokratische Entscheidungsfindung. Der Josef Cap geht nicht mit der Peitsche herum.

Kowall: Was mich wundert, ist, warum Kanzler und Klubobmann im Klub immer die Abstimmungen gewinnen. Das macht mich stutzig. Demokratie im Klub würde dann funktionieren, wenn Positionen stark abgeändert werden könnten oder der Klub ab und zu auch anders entscheiden würde als die Parteispitze. Dann könnte man auch den Klubzwang einfördern.

Lapp: Es sind nicht nur Kinderkätzchen, die verändert werden können. Beim letzten Fremdenrechtspaket wurden sehr viele Änderungen hineinklamert, das ich dann End gesagt habe: Das kann ich mittragen.

Herr Kowall, Sie vermissen Diskussionsprozesse in der SPÖ. Bräutchen die Bundespartei vielleicht einen Reformprozess, wie ihn die oberösterreichische Landesgruppe seit der letzten Landtagswahl durchführt?

Kowall: Die Bundes-SPÖ muss sich im Klaren sein, dass es nicht



„With a little help from a friend“ Zur Wiederwahl von SPÖ-Chef Faymann ist der SPD-Vorsitzende Sigmund Gabriel geladen. Fotos: EPA

Faymanns Wiederwahl

■ SPÖ-Parteitag mit EU-Anstrich und der Reichensteuer als großes Thema.

Wien. (sir) Ein paar Wochen vor seiner ersten Wahl zum SPÖ-Vorsitzenden im August 2008 hat Werner Faymann einen zu Berühmtheit gelangten Brief an die EU-kritische „Kronen Zeitung“ verfasst. Wie sich die Zeiten ändern. Bei Faymanns dritter Kür zum Parteichef am Samstag in Sankt Pölten wird man eine flamme Rede für eine stärkere EU und eine Reduktion der Nationalstaatlichkeit zu hören bekommen.

Die SPÖ hat nämlich zu ihrem Parteitag Martin Schulz, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, eingeladen, der schon vor dem EU-Hauptausschuss im Nationalrat für eine Aufwertung der Union geworben hatte. Schulz sowie SPD-Chef Sigmund Gabriel sind am Samstag die Ehren Gäste der Kanzlerpartei, die sich auf ihrem 42. Parteitag vor allem auf die Forderung nach einer Reichensteuer einschwenken will.

Doch auch die EU wird zum Thema werden, und das nicht nur aufgrund der Anwesenheit von Schulz. Auch Faymann hat sich mittlerweile zum glühenden Europafreudigen aufgeschwungen. Der jüngste Beschluss von elf EU-Ländern, künftig eine Finanztransaktionssteuer einzuhoben, kann Faymann auf seiner Haben-Selbe verüben. Vor zwei Jahren, beim bisher letzten Parteitag, hatte sich der Bundeskanzler gemeinsam mit SPD-Chef Gabriel die Einführung der Tobin-Tax zum Ziel gemacht. Nun soll diese tatsächlich kommen. Schulz erinnerte am

Nikolaus Kowall über Wehrpflicht, innerparteiliche Demokratie und taktische Kurswechsel mit der Peitsche herum“



„Für mich ist das Ergebnis wichtig“, sagt Christine Lapp.



Gegen Richtungsschwenks aus taktischen Gründen ist Nikolaus Kowall.

möglich ist, zu mobilisieren, wenn man von oben alles vorgibt. Die Leute werden sich dann beteiligen, wenn die Diskussionen ergebnisoffen sind. Bei einer Diskussion, wo alles entschieden ist, redet keiner mit. Wenn es in der SPÖ eine gewisse Ergebnisoffenheit gäbe, wären wir viel kampagnenfähiger. Als Kinder der Wiener SPÖ wissen wir, dass das nicht die große Stärke der Partei ist.

Lapp: In der Frauenorganisation konnten sich erstmals bei der Formulierung der Anträge für die Bundesfrauenkonferenz via Internet alle beteiligen. Solche Wege der Partizipation werden immer wichtiger. Aber es ist die Frage, wie das auf Bundesebene implementieren kann.

Auch die ÖVP tut sich schwer, verschiedene Interessen – Bauern, Beamte, Wirtschaft – unter einen Hut zu bringen. Ist die Zeit der Massenparteien vielleicht vorbei, weil die Gesellschaft zu vielfältig geworden ist?

Kowall: Wir leben in einer

Zeit, wo alles fragmentiert und globalisiert ist. Die Frage ist, wie man trotzdem eine nicht zu stark fragmentierte Massenbewegung aufbauen kann.

Wie?

Lapp: Über einzelne Themen. Die Leute wollen sich nicht mehr so lange verpflichten, aber wenn ihnen ein Thema unter den Nägeln brennt, muss man Angebote finden.

Kowall: Es braucht Inklusion. Wir haben in der SPÖ noch immer teilweise die Vorstellung – ich ertrappe mich manchmal selbst dabei – von einer homogenen Arbeiterschicht. Das ist alles nicht mehr so. Als SPÖ müssen wir uns überlegen, wie wir inklusiver werden können. Sozial werden wir homogener, obwohl wir in die gegenteilige Richtung gehen müssten.

Oft wird kritisiert, die SPÖ sei in der Koalition zu kompromissbereit. Was Wachstum und Arbeitslosigkeit angeht, muss man aber sagen, dass das Ergebnis der rot-schwarzen Zusammenarbeit passt. Inwiefern schadet die große Koalition der SPÖ trotzdem?

Lapp: Als es darum ging, Österreich durch die Krise zu führen, war beiden Parteien klar, dass man sich nicht im politischen Hick-Hack verlieren darf. Bei den anderen Themen kämpft man halt darum, dass man für die Bevölkerung unterschiedbar bleibt. Klar ist es schwierig, den

Mitgliedern die Kompromisse zu erklären. Aber für mich ist das Ergebnis wichtig und eine Arbeitslosigkeit von fünf Prozent ist ein gutes Ergebnis.

Kowall: Ich habe sehr viel an der österreichischen Sozialdemokratie zu kritisieren. Aber verglichen mit anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa ist sie strukturell immer noch stark und inhaltlich immer noch einigermassen mit Profil behaftet. Bei der SPÖ ist nur noch die Parteilinke sozialdemokratisch, der Rest ist irgendwo dazwischen. Man könnte sagen: Die SPÖ war so konservativ, dass sie den Neoliberalismus verschlafen hat. Der symbolische Punkt war, als Rudolf Nürnberger 2000 das Koalitionsabkommen mit der ÖVP nicht unterschrieb. Da hätte uns das Gleiche wie der SPÖ passieren können: Wir hätten in eine Regierung kommen können, wo wir unsere Grundfesten angegriffen hätten. Das hat Nürnberger verhindert – und der alte Betonschädel hat uns da gerettet. Dadurch hat die SPÖ gewisse Schritte nicht mitgemacht, die andere gemacht haben. Daher gibt es noch einige Eckpfeiler unseres Wohlfahrtsstaates, die wir der österreichischen Arbeiterbewegung verdanken.

Lapp: Und wir verteidigen konnten. Bei den letzten Sparpaketen haben wir geschaut, dass bei beiden Seiten – Einnahmen und Ausgaben – angesetzt wird. Die Konservativen würden am liebsten nur hineinschieben.

Kowall: Das ist uns gut gelungen, aber es wäre mehr möglich. Wenn man sich mehr konzentriert auf Überzeugungen und weniger auf das taktische Tagesgeschehen, wenn man den Vertretern des neoliberalen Zeitgeistes gegenüber offensiver auftreten würde, könnte man viel mehr herausholen.

Frau Lapp, stört nicht gerade das Viele, dass die Partei nicht mehr links genug ist?

Lapp: Ich hätte Angst, dass man die Mitte der Gesellschaft verliert, wenn man prononciert linke Positionen viel stärker herausarbeitet. Es ist eine schwierige Gratwanderung. Was sind linke Themen? Umverteilung, Gerechtigkeit und Solidarität. Das sind die Grundfesten der Sozialdemokratie. Das können wir bei jedem politischen Feld – Bildung, Steuern, Finanzen – als Parameter anlegen. Ich will nicht wie „Die Linke“ in Deutschland werden. Ich will Angebote für alle Menschen der Gesellschaft haben.

Im U-Ausschuss hat die SPÖ in der Inseratenaffäre eine sehr unruhliche Rolle gespielt. Wie sehr schadet das der Partei?

Kowall: Es schadet nicht so sehr, wie die Leitartikler glauben. „Größter Skandal in der Zweiten Republik“ – eine krassere Fehleinschätzung gibt es kaum. Wir werden es in einem Jahr sehen. Bis dahin kann sich noch viel tun. Es gibt aber sicher Gruppen, wo

das langfristig Schaden anrichtet. Die Journalisten, die nicht im Boulevard sitzen, nicht von der SPÖ gefüttert werden und ihre Gewissensfreiheit hochhalten, werden versuchen, uns bei jeder Gelegenheit eins auszuwichen. Die Kontrolle über ein paar Boulevardmedien hilft uns vielleicht ein paar Mal, ist aber mittelfristig ein Verlustgeschäft.

Wie haben Sie das Ihrer Basis in Simmering erklärt, dass der Kanzler nicht geladen werden konnte?

Lapp: Weil der Staatssekretär geladen wurde und alles erklärt hat. Der Bruch im U-Ausschuss war für mich die Weigerung der Ausschussvorsitzenden im August, einen Vier-Parteien-Antrag zu akzeptieren. Dadurch hat sich das Klima im Ausschuss geändert. Vorher haben alle Parteien darauf geachtet, dass man auf einen gemeinsamen Nenner kommt. Aber wenn sich die Dr. Moser am Nasenring vom Pr. Pilz durch den Ausschuss ziehen lässt – wir lassen das nicht mit uns machen. ■

Zur Person

Christine Lapp

Die Wienerin Christine Lapp (Jahrgang 1962) ist seit 2001 Nationalratsabgeordnete. Davor hat sie Politikwissenschaftlerin, die aus der SPÖ Simmering stammt, Landtagsabgeordnete.

Zur Person

Nikolaus Kowall

Nikolaus Kowall (30) ist Vorsitzender der Plattform „Sektion 8“ der SPÖ Wien-Alsergrund. Er ist Doktorand am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf.

samt Wahlkampf-Getöse

Donnerstag daran, dass Österreich das erste Land in der EU gewesen war, dass diese Steuer eingefordert habe.

Anträge zu Reichensteuer

Dass Faymann als Bundeskanzler nicht alle Wünsche von Schulz teilen wird, der weitere bisher nationalstaatliche Befugnisse im Kompetenzbereich der EU sehen will, liegt in der Natur des Amtes. So verwies etwa Schulz in seinem Vortrag im Nationalrat auf die Vorteile der USA durch eine gemeinsame Fiskalpolitik und forderte einen EU-Finanzminister.

Die SPÖ hat freilich schon genug zu tun, die Finanzministerin in Österreich für eine Vermögenssteuer zu begeistern. Das Thema hat die SPÖ zum Wahlkampf-schlager erkoren – und geht nach dem mit der Organisation des Parteitag betrauten SPÖ-Geschäftsführer Günther Kräuter soll dieser schon am Samstag in St. Pölten erklären.

Doch andere Themen werden die Mitglieder auch intensiv beschäftigen, etwa die laufenden Diskussionen über Wehrpflicht und Studiengebühren, zwei Bereiche, bei denen es auch innerhalb

der Partei unterschiedliche Sichtweisen gibt. Zum Thema Reichensteuer ist auch ein Antrag aus Oberösterreich angekündigt worden, der eine Anhebung des Spitzensteuersatzes bei Einkommen von mehr als 300.000 Euro im Jahr auf 60 Prozent vorsieht. Eine Zustimmung wird beim Antrag für ein Verbot des kleinen Glücksspiels erwartet. Am Nachmittag stellt sich dann Faymann zur Wiederwahl, zu verteidigen hat der Kanzler 93,8 Prozent. Bereits am Freitag wurde Gabriele Heinisch-Hosek als Bundesfrauenvorsitzende bestätigt. ■

Keine Demo stört das rote Defilee

■ Absage der Demonstration wegen fehlendem Interesse.

Wien. Nach dem erfolgreichen Flashmob Mitte September, als hunderte Demonstranten die Ladung von Bundeskanzler Werner Faymann in den U-Ausschuss forderten, wollten die Organisatoren ihren Unmut auch beim SPÖ-Parteiabend kundtun. Auf einer Facebook-Seite wurde zur Demo in St. Pölten aufgerufen, sogar finan-

zielle Hilfe für Zugtickets wurde in Aussicht gestellt – vergebens. Mangels Interesse wurde die Veranstaltung am Freitagnachmittag abgesagt.

Damit wird das rote Defilee in der niederösterreichischen Landeshauptstadt durch keine „Wir woll'n den Werner sehen“-Rufe gestört. ■